

**Aktive Bürger  
Gemeinschaft**



**- Ratsfraktion -**

## **Rede zum Haushalt 2009 der Stadt Korschenbroich**

**Sitzung des Stadtrates am 12. Februar 2009**

**Fraktionsvorsitzender  
*Die Aktive*  
Manfred Henninger**

**Sperrfrist: Donnerstag, 12.02.2009, Schluss der Rede**

## Inhalt

1. Gesamtwirtschaftliche (Haushalts)situation/Verschuldung, Konsequenzen/Folgen daraus
  2. Neues kommunales Finanzmanagement (NKF)
  3. Haushalts-Fakten aus Korschenbroich
  4. Notwendige Konsolidierungsschritte / Aufgabenkritik
  5. Verschuldung der Stadt Korschenbroich
  6. Grundwassersituation
  7. Stellungnahme zum Haushalt 2009
- 

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

### 1. Gesamtwirtschaftliche (Haushalts)situation/Verschuldung, Konsequenzen/Folgen daraus

Das Jahr 2008 wird als das Jahr umwälzender wirtschaftlicher Veränderungen in die Geschichte eingehen. Die **USA-Immobilienkrise** hat sich nicht nur zu einer **internationalen Bankenkrise** entwickelt, sondern **konjunkturelle Einbrüche** sind **weltweit** zu verzeichnen.

„Rettungsschirme“ sowie diverse „Programme zu einer konjunkturgerechten Wachstumspolitik“ wurden gefordert und sind inzwischen teilweise umgesetzt.

Der bunte Strauß verabschiedeter und weiterer möglicher Kostspieligkeiten kann durchaus Positives bewirken wie etwa das Vorziehen ohnehin wünschenswerter Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Kommunen werden in die Lage versetzt, dem Handwerk vor Ort wieder Aufträge zu erteilen. Aber auch hier gilt: Investitionen sind auf Sinn und Zweck und den Kosten-Nutzen-Faktor zu überprüfen. Dabei dürfen weder Folgekosten noch Zinsbelastung außen vor bleiben. „Gelassenheit statt Gier“ wie die NGZ richtigerweise kommentierte.

Weitere Maßnahmen aus den **Konjunkturpaketen** werden verpuffen und lassen sich selbst bei wohlwollender Betrachtung höchstens als vertrauensbildend verbuchen. In Wirklichkeit ist es eher ein Sack Wahlkampf-Munition.

Das beste Konjunkturprogramm ist Deregulierung, Bürokratieabbau, maßvolle Privatisierung, Subventionsabbau und eine vernünftige Steuerpolitik.

Staatliche Programme zur Ankurbelung der Konjunktur (wie sie John Maynard Keynes vor Jahrzehnten angeregt hatte) sind schon seit langem überholt. Und trotzdem werden sie wieder aus der Mottenkiste hervorgekramt. Der einzige Effekt derartiger Programme, der uns hierdurch bis heute geblieben ist, ist die induzierte riesige Verschuldung. Kinder und Enkel müssen somit schultern, was Eltern und Großeltern verbockt haben. Sie haften für deren Versäumnisse. Deutschland veruntreut schon seit den 80 ziger Jahren seine Zukunft.

Ein Skandal, dass immer wieder jeweils aktuelle Krisenszenarien als Rechtfertigung für ein **(haushaltspolitisches) Scheitern** herhalten müssen, das lange vorher programmiert war. So war es 1990 bei Theo Weigel und der Wiedervereinigung, 2001 bei Hans Eichel und dem 11. September und 2008 bei Peer Steinbrück mit der Bankenkrise.

Fast alle Probleme, die uns heute drücken, resultieren aus der **Unterbelichtung der Zukunft**: enorme Staatsverschuldung, zögerlicher Schutz der Ressourcen, die gefährdete Finanzierung der Sozialsysteme, Finanzierung von Subventionen anstatt Zukunftsinvestitionen, mangelnde Bildung und Ausbildung unserer Kinder in maroden Schulen und heruntergekommenen Universitäten.

Wo bleibt da der viel beschworene Grundsatz der **Nachhaltigkeit**, die **Verantwortung für die zukünftigen Generationen**, wie es sogar in § 1 GO festgeschrieben ist?

Das Leben über unsere Verhältnisse geht nur eine Weile gut. Die Zinsen früher aufgenommenen Kredite fallen mit der Zeit immer mehr ins Gewicht und fressen immer größere Teile der öffentlichen Haushalte vorab auf. Das nimmt dem Staat immer mehr die Fähigkeit, seine Aufgaben noch zu erfüllen. Ganz zu schweigen von der Rückzahlung des gewaltigen Schuldenbergs. Am Schluss bleibt kaum noch Luft zum Atmen. Ein Teufelskreis!

Allein schon angesichts der demographischen Entwicklung gibt es zur **Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte** keine Alternative. Denn geringere Schulden heute bedeuten größerer Haushaltsspielräume morgen.

(Beschluss des Finanzplanungsrates vom 02.07.2008, in: Mitteilungen StGB NRW, 08/2008, S. 210)

Die **Zinsbelastung** des Bundes ist im Übrigen fast so hoch wie das neue Konjunkturpaket. Darin liegt die eigentliche Dramatik.

Der Bund der Steuerzahler schätzt, dass die **Neuverschuldung** von Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr 140 Milliarden Euro betragen wird. Damit hat sich die Verschuldung pro Sekunde gegenüber 2008 von 474 Euro auf 4.439 Euro nahezu verzehnfacht!

Es wird dringend Zeit für eine grundgesetzlich verankerte **Schuldenbremse**, die nun ja kommen soll. Ob man sich daran hält oder die Ausnahmen davon zur Regel werden wird sich zeigen. Ich befürchte letzteres.

Die **angespannte Finanzlage der Kommunen** ist gleichzeitig Zwang und Chance, über Konzepte, Ansprüche, (Mindest-)Standards, die Qualität und Intensität der Leistungserbringung nachzudenken. „Weitgehend unstrittig ist, dass die Krise der Gemeindefinanzen verstärkt ausgaben- und aufgabenseitig gelöst werden muss. (Kommunaler Schuldenreport NRW, Bertelsmann Stiftung 2007, S. 7)

Durch **strenge Ausgabendisziplin** und **umfassende Aufgabenkritik** gelang z. B. in Lage (im Kreis Lippe) die Etatsanierung (BdSt, Juni 2008, S. 4).

## 2. Neues kommunales Finanzmanagement (NKF)

Gestatten Sie mir auch in diesem Jahr noch einige wenige Anmerkungen zum Neuen kommunalen Finanzmanagement (NKF), zur Ausgleichsrücklage und zum Korschebroicher Produktbuch. Detailliert bin ich ja bereits letztes Jahr hierauf eingegangen.

Die **Genehmigungsfähigkeit der Haushalte 2008 und 2009** resultiert nicht durch eine Gesundung der Finanzen, sondern allein durch die Umstellung auf das NKF.

Der rechtlich zulässige **Trick**: Das „virtuelle Spielgeld“, **Ausgleichsrücklage** in der Eröffnungsbilanz dient dazu, Defizite auszugleichen. Das Geld ist aber in dieser Rücklage nur rein rechnerisch vorhanden.

Eines der wesentlichen Elemente im NKF sind **Ziele, Leistungsdaten, Kennzahlen**. Sinnvollerweise in dieser Reihenfolge! Trotz Thematisierung unsererseits bereits vor längerer Zeit wurde versäumt, hier Schritt für Schritt vorzugehen: Zunächst gemeinsam Ziele erarbeiten, dann Kriterien festlegen, mittels deren die Ziele zu messen sind, abschließend Kennzahlen implementieren um die Messung des Zielerreichungsgrades zu erleichtern.

Im Übrigen: Die Stadt Brühl hat die Thematik Ziele und Kennzahlen in nur 4 intensiven Sitzungen zwischen Verwaltung und 5 Ratsvertretern frühzeitig abgeschlossen! Es geht in relativ überschaubarer Zeit. Man muss nur Wollen.

So wundert es nicht, dass die Politik Details zu diversen **Produkten im Haushalt** einfordert. Zusätzliche Erläuterungen zum Zahlenwerk, die Hinzufügung von steuerungsrelevanten Kennzahlen (wie von uns bereits zum Haushalt 2008 erarbeitet) sowie Ergänzungen einzelner Produkte durch Daten aus der Kosten- und Leistungsrechnung stehen aus. Erst dann wäre die Vorlage „rund“ und „arbeitsfähig“.

### 3. Haushalts-Fakten aus Korschenbroich

Der **Haushalt 2009** schließt mit einem **Ergebnis von -7,5 Mio. €** ab. Durch das mit mehr als 3 Mio. € negative Ergebnis aus 2008 ist die bereits erwähnte Ausgleichsrücklage schon in 2 Jahren nahezu aufgezehrt. Letztes Jahr ging man noch von einer 4-5 jährigen Periode aus, in der man zum Verlustausgleich hierauf zurückgreifen wollte.

**Massiver Eigenkapitalverlust** und **Substanzverzehr** tritt somit viel früher ein.

Das in Korschenbroich bekannte Risiko eines nicht genehmigungsfähigen Haushaltes steht ab 2010 wieder vor der Tür. Haushaltssicherung droht erneut. Ein Rezept zum Ausgleich des strukturellen Defizits fehlt jedoch nach wie vor!

Im Boomjahr 2008 gelang es nicht, den Haushalt auszugleichen. Wie soll das dann erst in der gegenwärtigen Abschwungphase gelingen? Vor allem bei vollkommen falschem Denkansatz! Die alte Regel „Man kann nur das ausgeben, was man auch einnimmt“ bleibt nach wie vor unbeachtet. **Korschenbroich hat** über Jahre gesehen **kein Einnahmeproblem**, sondern **ein Ausgabeproblem**. Die Verwaltung setzt fälschlicherweise in erster Linie auf höhere Einnahmen!

Ich frage mich, wie wohl unser Bürgermeister und der Kämmerer im Privatleben wirtschaften? Beide schätze ich so ein, dass sie ihre Ausgaben den Einnahmen anpassen. Warum tun Sie dies dann nicht mit den Ihnen anvertrauten Finanzen der Stadt Korschenbroich? Es dürfte doch wohl inzwischen klar sein, dass ein Schielen auf höhere Einnahmen der falsche Weg ist!

Fließen Gewerbesteuern, Anteile an der Einkommensteuer oder Schlüsselzuweisungen (wenn überhaupt) in der unterstellten Höhe? Beträchtliche Zweifel sind angebracht. Wie schlägt die Konjunktur-, Wirtschafts- und Bankenkrise (inkl. dem Dauerrisiko WestLB) auf unsere Gemeinde durch? Denn in den vorgelegten Zahlen für 2009 sind derartige **Risiken** noch gar nicht enthalten. Des Weiteren steht zu befürchten, dass die Kreisumlage nicht mit den vom Kämmerer unterstellten Wertansätzen im Kreis beschlossen wird.

**Fazit:** Nicht 7,5 Mio. € Verlust, sondern 10 Mio. € Verlust in 2009 sind möglich.

Die Prognosen für die weiteren Jahre des Finanzplanungszeitraumes –so unser Kämmerer bei Vorlage des Haushaltes im Rat am 18.12.2008- seien vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise und der sich dramatisch abschwächenden Konjunktur ausgesprochen optimistisch angenommen.

Dennoch **bleibt ein strukturelles Defizit** bestehen!

#### 4. Notwendige Konsolidierungsschritte / Aufgabenkritik

Nicht nur im Hauptausschuss Ende Januar, sondern schon in den Vorjahren hat **Die Aktive** eine Menge **Vorschläge zur Konsolidierung des Haushaltes** unterbreitet. Ich erspare mir, unsere Anträge 2009 nochmals zu erläutern.

*Details im Internet unter [www.die-aktive.de](http://www.die-aktive.de)*

Bernd-Dieter Schultze und sein Chef, der Bürgermeister, scheinen menschlich gute Typen, ihre Leistungsbilanz ist aber dürftig. Strukturelle Veränderungen im Haushalt wurden kaum vorgenommen. Vom Haushaltsausgleich sind wir wieder weit entfernt. Das Geschenk Ausgleichsrücklage ist bald verfrühstückt.

Warum hat der Kämmerer nicht den Mut zu unbequemen Wahrheiten und sagt: Liebe Bürger, es gibt schöne Ausgaben, aber wir können sie uns nicht mehr leisten. Von Arbeitnehmern wird auch erwartet, dass sie sich zurücknehmen. Der Staat tut so als könnte er an den Ausgaben nichts ändern.

Wenn Privatleute und Unternehmen ständig über ihre Verhältnisse leben, gehen sie in Insolvenz. Kommunen wurschteln weiter.

Es ist das Geld des Bürgers, welches wir verwalten. Es ist in seinem Interesse, dass wir konsequent wirtschaften. Das kann weh tun. Der Bürger wird verstehen, dass Einschnitte unumgänglich sind.

Magnus Staehler/CDU Bürgermeister von **Langenfeld** bedauert, dass viele seiner Kollegen beim Thema Sanierung immer wieder einknicken wie ein Schilfrohr!

Schilfrohre passen ja auch in unsere Auengegend!

Apropos Auengebiet. Schon interessant, dass man nun immer wieder in Sitzungsvorlagen liest, es handelt sich hier um ein Auengebiet. Nachdem Sie dies zwei Jahrzehnte vehement bestritten und unter den Tisch gekehrt hatten!

**Hiddenhausen** hat sich z. B. bereits vor einiger Zeit als Ziel gesetzt und in einer Kennzahl abgebildet, die Personalkosten auf Basis des Jahres 2003 konstant zu halten. Bisher ist dies nicht nur gelungen, sondern man ist sogar jeweils darunter geblieben (Bürgermeister von Hiddenhausen auf der NKF-Netzwerk-Abschlussveranstaltung am 26.11.2008 in Düsseldorf). Es geht also, selbst in sensiblen Bereichen wie Personal.

Umgestalten, kooperieren, kürzen, streichen, verschieben: das Motto der fraktionsübergreifenden **Sparkommission zusammen mit dem Bund der Steuerzahler in Bergneustadt**. Eine derartige Kommission wurde von Ihnen vor kurzem abgelehnt! Rufe zur Enthaltensamkeit – so der Bergneustadter Vorsitzende des Arbeitskreises (übrigens von der CDU) – sind natürlich wenig populär. „Mit schönen Worten „Wider das Kaputtsparen“ kommen wir nicht weiter, wohl aber mit nüchternem, kalkuliertem Handeln“! Genau!

Wem es primär um Macht geht, dem kommt jedoch der problemorientierte Denk- und Arbeitsstil abhanden. Wer die parteipolitische Schere im Kopf hat, verliert

aufgrund voreilenden Gehorsams leicht jede Produktivität, von Objektivität ganz zu schweigen.

Administrative Aufgaben gehören gewiss nicht zu den Kernkompetenzen einer Verwaltung. Wie das produzierende Gewerbe und die Dienstleistungsbranche sollte sich auch die öffentliche Verwaltung **von diversen Prozessen trennen**. Dazu bieten sich in erster Linie Aufgaben im sogenannten „Back-Office-Bereich“ an, also jene, die unmittelbare Bürgernähe nicht erfordern.

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass Prozessoptimierungen nicht kausal oder automatisch zu einer Privatisierung des entsprechenden Geschäftsprozesses führen (müssen); vielfach empfiehlt sich die **interkommunale Kooperation** gerade in schwierigen Gebieten. Andererseits bieten **private Unternehmen** ebenfalls vielfältige Möglichkeiten.

(Kommunale Dienstleistungspartnerschaften – Mit Shared Services zu einer effektiveren Verwaltung, Bertelsmann Stiftung und Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg.), Gütersloh 2007, S. 130)

Warum werden die **Bürger** nicht intensiver **in die Haushaltssanierung einbezogen**? Gemäß Artikel 21 Grundgesetz wirken die Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes mit. Mehr nicht. Sie sollen diese nicht krakenhaft an sich ziehen und beherrschen! Von „Parteibuchwirtschaft“ in immer weiteren Bereichen war auch nie die Rede!

Die **IHK** empfiehlt in ihrer Stellungnahme zum Haushalt 2009 (27.01.2009, S. 4), die best-practice Beispiele von Kommunen wie Langenfeld und Braunschweig intensiv zu analysieren. Im IHK-Statement sind eben nicht nur Allgemeinplätze enthalten –wie Sie im Hauptausschuss verächtlich kommentierten– sondern konkrete Hinweise. Man muss diese nur aufgreifen, z. B. das Buch „1-2-3 schuldenfrei“ des Langenfelder Bürgermeisters einmal lesen.

In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister. (Johann Wolfgang von Goethe)

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,

**handeln wir** alle gemäß § 43 Abs. 1 GO **im Hinblick auf das öffentliche Wohl** oder nach § 1 GO **in Verantwortung für die zukünftigen Generationen** (intergenerative Gerechtigkeit)?

Nein! das tun wir nicht!

Man muss unangenehme Wahrheiten nicht nur aussprechen, sondern auch **Handlungen in die entsprechende Richtung vornehmen**. Einige Zitate der letzten Jahre aus Ihren Reihen, denen dann aber keine Konsequenzen folgten:

"Ich denke, dass wir an einen Punkt angekommen sind, wo wir nichts mehr aussitzen können"! (A. Heveling, RP vom 15.12.2005 nach Vorlage des Haushaltsentwurfes 2006)

"Der Konsolidierung des Haushaltes dürfen keine Denkverbote im Wege stehen"! (A. Heveling, RP vom 15.12.2005 nach Vorlage des Haushaltsentwurfes 2006)

"Wir müssen das Konsolidierungstempo anziehen".  
(A. Heveling, Presserklärung der CDU zum Haushalt 2006 vom 29.01.2006)

"Der Staat muss sich aus vielen Bereichen zurückziehen bzw. Ausgaben reduzieren". (Bürgermeister Dick im Rat am 13.12.2005 in seiner Rede zum Haushalt 2006, S. 2)

"An Reformen, Einsparungen und Aufgabenkritik führt kein Weg vorbei". (Bürgermeister Dick im Rat am 13.12.2005 in seiner Rede zum Haushalt 2006, S. 3)

Nichts als Floskeln.

Der Auftritt der CDU im Hauptausschuss kam abermals einem Offenbarungseid gleich! Keine eigenen Ideen, aber diejenigen Anderer zerreden und blockieren.

Was sind denn in den letzten 5 Jahren von der **CDU** für **Haushaltsanträge** zur Sanierung unserer Stadt eingebracht worden? Lesen Sie einmal rückblickend nach. **Nichts**. Das heißt doch, man hat entweder nicht die Kompetenz unsere Finanzprobleme anzugehen oder nicht den Willen. Meine Überzeugung ist, beides: Kompetenz fehlt, Willen sowieso. Sie möchten möglichst ungestört so weiter wurschteln, zusammen mit „Ihrem“ Bürgermeister und „Ihrer“ Verwaltung.

Als Entschuldigung höre ich öfters aus CDU-Kreisen: Die Verwaltung und wir sind eh eins, „unser“ Bürgermeister und „unser“ Kämmerer machen das schon! Welch **krummes Verständnis der Verfassung** kommt da nur zum Vorschein. Die Väter unseres Grundgesetzes haben bewusst Legislative und Exekutive getrennt. Eine Deckungsgleichheit oder eine zu nahe Verbindung kann nur zum Schaden der Bürger sein.

The same procedure as every year. Wir sollten bei Einbringung des Haushaltes gleich zur Verabschiedung kommen. Das könnte Ihnen doch gefallen, oder?

Ich kann sowohl als Vater eines schulpflichtigen Kindes, als Vereinsmitglied oder als Bürger durchaus gelegentlich nachvollziehen wenn in Ausschüssen oder im Rat Vorschläge zu Einsparungen oder Reduzierungen von Standards etc. abgelehnt werden. Aber als Ratsmitglied habe ich hiermit große Probleme. Es wurde viel zu lange nur an das Heute gedacht. Sie, verehrte Ratskollegen werden die immensen Belastungen der zukünftigen Generationen kaum mehr zu spüren bekommen – selbst, wenn Sie noch so gesundheitsbewusst leben. Die Schulden und Verpflichtungen von gestern und heute sind nun mal die Steuern und Gebühren von morgen. Punkt! Das ist so! Wie sollen künftige Generationen diesen Batzen denn zurückzahlen können? Daran sollten Sie einmal in stiller Stunde denken. Und nicht immer alles verwerfen mit der Begründung: Geht nicht, ist schon ausgereizt. Sie glauben gar nicht, was zukünftig alles gehen muss!!! Das können Sie sich heute noch gar nicht vorstellen.

Seien wir also heute schon mutig und treffen in deren Sinne jetzt unpopulär erscheinende Entscheidungen, auch wenn dies einigen Bürgern der Gegenwart nicht passen mag!



## 5. Verschuldung der Stadt Korschenbroich

**Kassenkredite** (Dispo-Kredite) haben auch in Korschenbroich in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Betrachtungen über die Entwicklung der Gesamtverschuldung lassen diesen **Krisenindikator** jedoch außen vor. Das ist ebenso bei pro Kopf bezogenen Vergleichen der Fall. Damit verschwinden diese Schulden, ebenso jene in ausgelagerten Bereichen, aus dem direkten Blick des Bürgers, der Presse und der Politik. Sie sind dennoch vorhanden und müssen irgendwann getilgt werden. Insofern wird die tatsächliche **Verschuldung unserer Stadt** enorm **verfälscht**. Diese beträgt ca. 100 Mio. €.

Realistischen Zahlen – Gesamtverschuldung und pro Kopf-Verschuldung – unserer Kommune können Sie leider nur auf der Internetseite der **Aktive Bürger Gemeinschaft** nachlesen. Nur dort findet sich eine **Schuldenuhr**. Abermals konnten Sie nicht über Ihren Schatten springen und eine Schuldenuhr seitens der Kommune einrichten. Na klar: wer sieht schon gerne sein Versagen täglich vor Augen?

Langenfeld braucht seit dem 3. Oktober 2008 keine Schuldenuhr bzw. keine Entschuldungsuhr mehr. Dort hat man sich in einem mehr als zwei Jahrzehnte dauernden schmerzlichen aber konsequent durchgezogenen Prozess mit Erfolg entschuldet. Es geht, der gemeinsame feste Wille muss jedoch vorhanden sein. Den vermissen wir in Korschenbroich.

„Die Spitzenreiter der Verschuldung sind nie um eine Erklärung verlegen, warum Ihnen simples Sparen nicht möglich ist. Der große Bruder von „Ich kann nicht“ heißt meist „Ich will nicht“. Dieser Aussage des Langenfelder Bürgermeisters kann ich mich nur anschließen.

**Kommunale Selbstverwaltung** wird unglaublich wo die eigene Handlungsfähigkeit durch zunehmende finanzielle Belastungen immer weiter eingeschränkt und die Zukunft nachfolgender Generationen verfrühstückt wird.

Was bleibt, ist die Veränderung. Nur was sich verändert, bleibt. Für Veränderung benötigt der Mensch aber geistige Beweglichkeit.

„Es wird unvermeidlich sein, mittelfristig eigene wesentliche Beiträge zu beschließen.... Ansonsten besteht lediglich die Alternative, abzuwarten, dass derartige nicht mehr aufschiebbare Entscheidungen von der Aufsichtsbehörde vorgegeben werden“ (Kämmerer Schultze im Rat am 13.12.2005, Rede zum Haushalt 2006, S. 6).

Ein von der Kommunalaufsicht verordneter „Sparkommissar“ ist vielleicht gar keine Drohung, sondern eher ein Segen.

Unsere Schulden wird keiner bezahlen, das müssen wir selbst tun! Nur diese Generationenaufgabe muss halt einmal mit Nachdruck angegangen werden.

Wir vermissen einen **langfristigen Entschuldungsplan**, und vor allem die Selbstverpflichtung konsequenten Einhaltens.

## 6. Grundwassersituation

Einige Worte zum ungelösten Grundwasserproblem in Korschenbroich.

Den Betroffenen muss endlich geholfen, zumindest eine Perspektive aufgezeigt werden. Betroffen sind alle Bürger dieser Stadt.

Durch das vom Rhein-Kreis Neuss finanzierte Gutachten des Erftverbandes scheint eine Teillösung in Aussicht, die 47% der unmittelbar betroffenen Gebäude schützen könnte.

Obwohl der Kostenrahmen per Gutachten (Prof. Dr. Düllmann) seit etwa Mitte Januar vorliegt, versteckt sich der Bürgermeister hinter der Kommission Grundwasser des Kreises ohne eigene Initiative zu zeigen.

Warum werden die Kosten erst im März öffentlich bekannt gemacht? Liegen hier wahltaktische Gründe vor? Wir fordern zeitnahes Umsetzen des Konzeptes ohne unnötige Verzögerungen.

Was geschieht mit den restlichen 53% der unmittelbar betroffenen Gebäude? Werden diese nicht mehr berücksichtigt und die Bewohner mit möglichen **gesundheitlichen Problemen** alleine gelassen, die aufgrund von Schimmel und Lungenkrankheiten hervorgerufen werden? Auch **finanzieller Ruin** bzw. **erhebliche Wertverluste der Immobilien** sind nicht akzeptabel.

Unbegreiflich erscheint, dass über das **MURL-Konzept** mehr als 3,3 Mio. m<sup>3</sup> sogenannte Stützungswässer im Hoppbruch und unmittelbar in den Trietbach eingeleitet werden. Das gleiche Wasser wird dann später in Herrenshoff und Raderbroich für die Bürger kostenpflichtig wieder gehoben. Eine mögliche Änderung dieser unsinnigen Auflagen im MURL-Konzept hat Korschenbroich aus unserer Sicht bisher versäumt.

**Weitere ungelöste Probleme** in Stichworten:

- verzögerter Ausbau des Fluitbach
- hydraulische Überlastung des Jüchener Bachs
- Ablaufhindernis beim Überlauf des Jüchener Baches in den sich selbst überlassenen Nordkanal
- lange Sickerstrecken im Trietbach

Die Auflistung der Unzulänglichkeiten könnte noch beliebig verlängert werden, sie würde so lang wie das Grundwasserproblem ungelöst ist.

Fest steht jedenfalls, dass ein **Grundwassermanagement** her muss welches diesen Namen auch verdient.

Wir erinnern Sie abermals Herr Dick, sich als Bürgermeister mit ganzer Kraft einzusetzen, um die Grundwasserproblematik einer Lösung zuzuführen.

**Die Aktive** wird jedenfalls nicht aufhören für die Belange der Bürger einzutreten. Den Kopf in den Sand zu stecken ist keine Lösung. Der könnte bald feucht werden!

## 7. Stellungnahme zum Haushalt 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

zurück und abschließend zum vorliegenden Haushalt 2009.

„Right or wrong – my party“. Der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprach von „Machtversessenheit“, der Kampf um Macht, Einfluss und Posten als dem eigentlichen Daseinszweck der Parteien!

Davon konnten wir uns in der bald zu Ende gehenden Legislaturperiode nur allzu oft überzeugen.

Wenn unabhängige aktive Bürger ihre Möglichkeiten nutzen, sind Reformen und Veränderungen hingegen keine Utopie.

In einem schwankenden Schiff fällt um, wer stillsteht, nicht wer sich bewegt. (Ludwig Börne). Bleiben Sie nur stehen!

Auch dieser **Haushalt**

**ist nicht zukunftsweisend,  
missachtet intergenerative Gerechtigkeit,  
Prioritäten sind falsch gesetzt,  
Realitäten werden weiterhin ignoriert,  
eine langfristige Entschuldungsstrategie ist nicht erkennbar.**

**Ständiges Hinausschieben notwendiger struktureller Konsolidierungsmaßnahmen belastet die Bürger letztendlich umso mehr.**

Dem ein Ende zu setzen liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Ratsmitgliedes!

Das Mitschwimmen im großen Strom der Fraktion macht es leicht, sich aus individueller Verantwortlichkeit herauszuschleichen.

**Die Aktive** kann diesem **Haushalt nicht zustimmen.**

Vielen Dank!